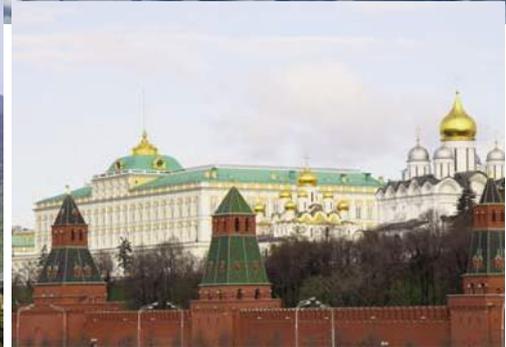


Außenwirtschaft aktuell



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

06 2025

Seminare	3
Veranstaltungen / Unternehmerreisen	4
17.06.2025 Online-Ländersprechtag Japan	4
18.06.2025 Webinar zu Umweltverpflichtungen für deutsche Unternehmen in Slowenien	4
25.06.2025 Webinar zu Updates und Perspektiven im Zollkonflikt mit den USA	4
26.06.2025 Veranstaltung in Emden: „Das Lieferkettengesetz (LkSG) in der Praxis“	4
24.07.2025 Deutsch-Amerikanischer Wirtschaftstag in München	5
21.-23.10.2025 Geschäftsreise Großbritannien – Lebensmittel allgemein	5
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	5
Albanien: Anpassung an europäisches Datenschutzrecht	5
China: Gesetz zur Förderung der Privatwirtschaft in Kraft	5
EU: Länder-Benchmarking für EUDR veröffentlicht	6
EU: Neue Bagatellschwelle beim CBAM angekündigt.....	6
EU: Weiteres Sanktionspaket gegen Russland verabschiedet	6
Kanada: Berichtspflicht zum Lieferkettengesetz	7
Luxemburg: Anpassung des Mindestlohns	7
Marokko: Exportbeschränkungen bei Kupfer und Aluminium	7
Polen: Unternehmen müssen eine e-Zustellung ermöglichen	8
Türkei: Neue Kennzeichnungspflichten für Konsumgüter	8
Ukraine: Neues Formular für nichtpräferentielle Ursprungszeugnisse	8
USA: Erhöhte Zölle auf Aluminiumimporte	9
USA: Erhöhte Zölle auf Stahlimporte	9
Usbekistan: Einführung eines Halal-Zertifizierungsverfahrens.....	9
Vereinigtes Königreich: SPS-Abkommen mit der EU geplant	9
Ländernotizen	10
Bulgarien: Beitritt zum Euro-Währungsgebiet möglich	10
Polen: Neuer Staatspräsident gewählt	10
Rumänien: Wirtschaft wächst nur noch langsam	10
Schweden: Planung einer nationalen KI-Strategie.....	11
Türkei: Bauwirtschaft wächst trotz hoher Kosten	11
Venezuela: Verhängung wirtschaftlichen Notstands.....	12
Vereinigtes Königreich: Rüstungsindustrie profitiert von Kooperation bei Beschaffungsprojekten	12

Veröffentlichungen	13
AHK World Business Outlook Frühjahr 2025	13
Hinweispapier zur Sanktionsumgehung bei Werkzeugmaschinen	13
Verschiedenes	13
eZoll-App - jetzt auch für Unternehmen nutzbar	13
Häufig gestellte Fragen (FAQ) zu den US-Handelsmaßnahmen	13
Von Irland bis Ungarn: Wer in Europa unter Trumps Zöllen leidet	14
Impressum	15

Seminare

24.06.2025	Import aus China – Erfolgreich Waren importieren	Digital
------------	--	---------

Weitere Webinare und Seminarangebote der IHK finden Sie in einer [Online-Datenbank](#) auf der Website der IHK für Ostfriesland und Papenburg.

Veranstaltungen / Unternehmerreisen

17.06.2025 Online-Ländersprechtag Japan

In dem kostenfreien Webinar am 17. Juni zwischen 9:30 bis 11 Uhr berichtet Dr. Lucas Witoslawski von der Deutschen Auslandshandelskammer in Japan (AHK) über die aktuellen Trends und Entwicklungen sowie Chancen und Herausforderungen für deutsche Unternehmen. Es werden Geschäftsmöglichkeiten über alle relevanten Industrien vorgestellt. Zudem besteht die Möglichkeit, spezifische Fragen zu stellen und weiterführende Diskussionen zu führen. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Internetseite der IHK Lüneburg-Wolfsburg](#).

18.06.2025 Webinar zu Umweltverpflichtungen für deutsche Unternehmen in Slowenien

In dem kostenfreien Webinar der Deutsch-Slowenischen Industrie- und Handelskammer (AHK) am 18. Juni von 10 bis 11 Uhr erfahren Sie alles Wesentliche über Ihre Pflichten nach slowenischem Umweltrecht – mit besonderem Fokus auf die erweiterte Herstellerverantwortung (EHV). Die AHK-Expertin gibt Ihnen einen umfassenden Überblick und zeigt auf, wie Sie rechtssicher und effizient handeln können. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Internetseite der AHK Slowenien](#).

25.06.2025 Webinar zu Updates und Perspektiven im Zollkonflikt mit den USA

Die aktuellen Entwicklungen der US-Zölle sind für deutsche Exporteure von großer Bedeutung. Doch wie geht es weiter im Zollkonflikt mit den USA, was gilt heute und was ist für die Zukunft zu erwarten? Unser kostenfreies Webinar am 25. Juni von 11 bis 12 Uhr gibt einen Überblick zu den Entwicklungen und rechtlichen Grundlagen der aktuellen US-Zollregelungen. Die Teilnehmer erhalten unter anderem eine praxisnahe Anleitung zur Ermittlung der eigenen Betroffenheit, Informationen zu Fallstricken und Hinweise zur Vorgehensweise bei der Ermittlung des geltenden Zollsatzes. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Internetseite der IHK Braunschweig](#).

26.06.2025 Veranstaltung in Emden: „Das Lieferkettengesetz (LkSG) in der Praxis“

Die Präsenzveranstaltung „Das Lieferkettengesetz in der Praxis: Zwischen Unsicherheit und Umsetzung“ am 26. Juni von 14:30 bis 16:30 Uhr in der IHK in Emden beleuchtet den aktuellen Stand in Sachen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG). Referenten des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) informieren und beantworten Fragen. Unternehmen erhalten Orientierung und können im direkten Austausch mit dem BAFA zentrale Anliegen platzieren. Weiteres zu der Veranstaltung sowie das Programm, finden Sie auf der [Website der IHK für Ostfriesland und Papenburg](#). Die Teilnahme ist kostenfrei, eine Anmeldung jedoch in jedem Fall erforderlich. Anmeldeschluss ist der 19. Juni 2025. Die Veranstaltung wird

organisiert vom Arbeitgeberverband und dem Einzelhandelsverband Ostfriesland, dem BAFA sowie der IHK für Ostfriesland und Papenburg.

24.07.2025 Deutsch-Amerikanischer Wirtschaftstag in München

Mit dem nunmehr zehnten Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftstag bekommen Unternehmen die Möglichkeit, den US-Markt zu erschließen oder ihre bestehenden Geschäftsbeziehungen in die USA weiter auszubauen. Mehr als 250 Vertreter aus Wirtschaft und Politik werden am 24. Juli von 8 bis 17 Uhr in München erwartet. Weitere Informationen finden Sie auf der [Webseite des Wirtschaftstages](#).

21.-23.10.2025 Geschäftsreise Großbritannien – Lebensmittel allgemein

Der britische Lebensmittelmarkt zeichnet sich durch eine hohe Vielfalt und Dynamik aus und bietet großes Potenzial für deutsche Anbieter. Verbraucher legen zunehmend Wert auf gesunde, nachhaltige und ethische Produkte, was sich in einer steigenden Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln und pflanzlichen Alternativen widerspiegelt. Importierte Lebensmittel spielen eine bedeutende Rolle, wobei die Einhaltung spezifischer Import- und Kennzeichnungsvorschriften essenziell ist. Zudem beeinflussen wirtschaftliche und politische Entwicklungen, wie der Brexit, die Handelsbeziehungen und Marktbedingungen. Die Geschäftsreise vom 21. bis zum 23. Oktober wird im Rahmen eines Förderprogrammes des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) angeboten, das die Exportbemühungen deutscher Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft unterstützt. Zielgruppe sind vorwiegend kleine und mittelständische Unternehmen (KMU). Weiteres zu der Reise finden Sie auf der [Internetseite des BMLEH](#).

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Albanien: Anpassung an europäisches Datenschutzrecht

(GTAI) – Im Rahmen der schrittweisen Anpassung an die europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) hat die albanische Datenschutzbehörde einen Beschluss über die Feststellung eines angemessenen Schutzniveaus für personenbezogene Daten in bestimmten Staaten erlassen. Der Beschluss enthält eine Liste von Ländern, die einen angemessenen Schutz für personenbezogene Daten gewährleisten. Dazu zählen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), in denen die DSGVO unmittelbar Anwendung findet. Damit ist die Datenübermittlung aus Albanien in EU- und EWR-Staaten ohne zusätzliche Garantien möglich.

China: Gesetz zur Förderung der Privatwirtschaft in Kraft

(GTAI) – Am 20. Mai 2025 trat das neue Private Economy Promotion Law (PEPL) in China in Kraft. Es behandelt insbesondere Themen wie fairen Wettbewerb und die Förderung von Investitionen. Die "privaten

Wirtschaftsorganisationen" werden in Art. 77 PEPL definiert: Der Begriff meint unter anderem in China gegründete und chinesisch kontrollierte gewinnorientierte juristische Personen. Sind ausländische Investitionen beteiligt, gelten zugleich für diese relevante Bestimmungen (etwa die des Foreign Investment Law). Das insgesamt 78 Artikel umfassende PEPL beinhaltet insbesondere Kapitel hinsichtlich des fairen Wettbewerbs und zur Investitionsförderung. So sollen zum Beispiel nach Artikel 10 PEPL alle – einschließlich private – Wirtschaftsorganisationen den gleichen Zugang zu Sektoren haben, die nicht auf der Marktzugangsnegativliste stehen. Seitens der Regierungen aller Ebenen ist durch bestimmte Prüfmechanismen die faire Marktteilnahme privater Unternehmen sicherzustellen (Artikel 11 PEPL). Sie sollen den gleichen Zugang zu Ressourcen haben und staatliche Unterstützungsmaßnahmen sollen gleichberechtigt auf sie angewandt werden. Nach Artikel 16 PEPL soll die Beteiligung von Privatunternehmen an nationalen Großprojekten gefördert und sie bei Investitionen und dem Geschäftsaufbau insbesondere in Zukunftsbranchen sowie bei der Beteiligung am Aufbau moderner Infrastruktur unterstützt werden. Ferner sollen etwa gemäß Artikel 23 PEPL der Zugang zu Krediten leichter und die Zugänglichkeit von Finanzdienstleistungen verbessert werden.

EU: Länder-Benchmarking für EUDR veröffentlicht

(DIHK) – Die Europäische Kommission hat im Mai eine [Liste der Länder](#) veröffentlicht, die als Hoch- bis Niedrigrisiko-Länder in Bezug auf Entwaldung gelten. Das Dokument ist ein zentrales Element der neuen EU-Vorschriften gegen Entwaldung. Importe aus Hochrisikoländern unterliegen strengeren Kontrollen, während Unternehmen mit Lieferketten aus Niedrigrisikoländern vereinfachte Sorgfaltspflichten anwenden können. Allerdings müssen Unternehmen auch beim Handel mit Produkten aus "Niedrig-" oder "Standardrisiko"-Ländern nachweisen, dass ihre Lieferketten frei von Entwaldung und Menschenrechtsverletzungen sind. Deutschland sowie alle EU-Mitgliedsstaaten wurden als Niedrigrisiko-Länder ausgewiesen. Vier Länder wurde das Label „Hochrisiko“ zugewiesen: Belarus, Nordkorea, Russland und Myanmar. Länder, die weder als Hoch- noch Niedrigrisiko-Länder eingestuft wurden, gelten automatisch als "Standardrisiko-Länder". Dazu zählen unter anderem Brasilien, Argentinien, Indonesien, Malaysia und die Demokratische Republik Kongo.

EU: Neue Bagatellschwelle beim CBAM angekündigt

(DIHK) – Am EU-Rat und -Parlament unterstützen die im Omnibus 1-Paket vorgeschlagenen Vereinfachungen beim CO₂-Grenzausgleichsmechanismus. Damit steht der Einführung der neuen jährlichen Meldeschwelle von 50 Tonnen für die Einfuhr von CBAM-pflichtigen Waren nichts im Wege. Die meisten der bisher betroffenen Unternehmen werden so nicht mehr unter die Melde-, Berichts- und Finanzierungspflichten fallen.

EU: Weiteres Sanktionspaket gegen Russland verabschiedet

(GTAI) – Am 20. Mai 2025 hat die Europäische Union das nunmehr 17. Sanktionspaket im [EU-Amtsblatt](#) veröffentlicht. Unter anderem wurden neue Ausfuhrbeschränkungen für Güter eingeführt, die zur

militärischen und technologischen Aufrüstung Russlands beitragen. Zusätzlich wurden neue Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen verhängt.

Kanada: Berichtspflicht zum Lieferkettengesetz

(GTAI) – Das kanadische Gesetz zur Bekämpfung von Zwangsarbeit und Kinderarbeit in Lieferketten (Fighting Against Forced and Child Labour in Supply Chains Act) ist am 1. Januar 2024 in Kraft getreten. In diesem Rahmen unterliegen nunmehr viele Unternehmen, die in Kanada geschäftlich tätig sind, den Berichtspflichten des kanadischen Lieferkettengesetzes. Diese verpflichten bestimmte Unternehmen dazu, einen Online-Fragebogen auszufüllen und einen jährlichen Bericht über die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um das Risiko von Zwangs- oder Kinderarbeit in ihren Lieferketten zu verhindern und zu verringern, einzureichen. Diese Meldepflichten müssen jeweils bis zum 31. Mai eines Jahres erfüllt sein. Unternehmen fallen unter die Berichtspflicht, wenn sie unter anderem an einer kanadischen Börse notiert sind oder einen Geschäftssitz in Kanada haben, in Kanada geschäftlich tätig sind oder Vermögenswerte in Kanada haben, und auf der Grundlage des Konzernabschlusses mindestens zwei der folgenden drei Kriterien für mindestens eines der letzten beiden Geschäftsjahre erfüllen:

- ein Vermögen von mindestens 20 Millionen US-Dollar oder mehr aufweisen,
- einen Umsatz von mindestens 40 Millionen US-Dollar oder mehr erwirtschaftet haben und
- durchschnittlich mindestens 250 Mitarbeitende beschäftigt.

Luxemburg: Anpassung des Mindestlohns

(GTAI) – Seit dem 1. Mai 2025 gilt in Luxemburg ein neuer gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 3.244,48 Euro brutto für eine 40-Stunden-Woche. Diese Summe gilt für qualifizierte Arbeitnehmer ab 18 Jahren. Unqualifizierte Kräfte ab 18 Jahren erhalten 2.703,74 Euro, Personen zwischen 17 und 18 Jahren 2.162,99 Euro und Personen zwischen 15 und 17 Jahren 2.027,80 Euro.

Marokko: Exportbeschränkungen bei Kupfer und Aluminium

(GTAI) – Marokko schränkt den Export von Kupfer und Aluminium in Rohform für einen Zeitraum von 24 Monaten ein. Es handelt sich dabei um Produkte, die unter den folgenden marokkanischen Zolltarifnummern geführt werden:

- Kupfer: ex 7403.19.00.00, ex 7403.22.00.00, ex 7403.29.00.00
- Aluminium: ex 7601.10.00.00, ex 7601.20.00.00

Für den Export dieser Produkte ist eine behördliche Lizenz notwendig.

Polen: Unternehmen müssen eine e-Zustellung ermöglichen

(GTAI) – Eine elektronische Adresse für die elektronischen Zustellungen betrifft alle Unternehmen die im polnischen Gewereregister (CEIDG) und im polnischen Unternehmensregister (KRS) eingetragen sind. Die elektronische Zustellung hat die gleiche Wirkung wie ein Einschreiben mit Rückschein. Neben handelsrechtlichen Gesellschaften (zum Beispiel Aktiengesellschaften) müssen auch andere im Unternehmerregister eingetragene Einrichtungen, wie Genossenschaften oder Stiftungen, eine Adresse für e-Zustellungen haben. Folgende Fristen, die vom Datum der Registrierung des Unternehmens in CEIDG oder KRS abhängen, sind zu beachten:

- Unternehmen, die ihre Tätigkeit ab dem 1. Januar 2025 in CEIDG oder KRS eintragen lassen, werden bei der Eintragung ein Postfach für e-Zustellungen einrichten müssen;
- Unternehmen, die ihre Tätigkeit vor dem 1. Januar 2025 im CEIDG registriert haben, müssen ab dem 1. Oktober 2026 eine Adresse für die elektronische Zustellung haben;
- Unternehmen, die ihre Tätigkeit vor dem 1. Januar 2025 im KRS angemeldet haben, müssen seit dem 1. April 2025 eine Adresse für die elektronische Zustellung haben.

Bis Oktober 2029 werden alle öffentlichen Einrichtungen, lokalen Behörden sowie Gerichte, Gerichtsvollzieher den amtlichen Schriftverkehr über e-Zustellungen abwickeln müssen. Ab diesem Jahr benutzen die öffentliche Verwaltung, Krankenkassen und regionale Gebietskörperschaften die e-Zustellung. Ein Postfach für die e-Zustellungen kann online unter www.biznes.gov.pl eingerichtet werden.

Türkei: Neue Kennzeichnungspflichten für Konsumgüter

(GTAI) – Konsumgüter, die Bestandteile tierischen Ursprungs enthalten, müssen ab dem 9. Juni 2025 in der Türkei entsprechend gekennzeichnet sein. Erforderlich sind Angaben zur Tierart, von der die Bestandteile stammen, also zum Beispiel von Schweinen. Die Kennzeichnung muss in türkischer Sprache an dem Produkt selbst, an der Verpackung oder mit einem Beipackzettel erfolgen. Die Kennzeichnung muss leicht lesbar und darf nicht irreführend sein. Sie muss vor der Übergabe der Ware für den Käufer erkennbar sein. Im Fall von Online-Handel muss bereits in der Warenbeschreibung auf die tierischen Bestandteile hingewiesen werden.

Ukraine: Neues Formular für nichtpräferentielle Ursprungszeugnisse

(GTAI) – Die ukrainische Industrie- und Handelskammer informiert darüber, dass sie seit Mai 2025 ein neues Formular für nichtpräferenzielle Ursprungszeugnisse mit ICC-Label ausstellt. Das neue Formular kann wie bisher auch in Papierform oder elektronisch als E-Zertifikat ausgefüllt werden. Das Formular, welches bisher ausgestellt wurde, kann weiterhin genutzt werden, jedoch nur bis zum 1. Januar 2026. Das ICC-Label auf einem Ursprungszeugnis bezieht sich auf die Anerkennung und Standardisierung durch die Internationale Handelskammer (International Chamber of Commerce, ICC). Das Label bedeutet, dass das Ursprungszeugnis gemäß den internationalen Standards der ICC ausgestellt wurde, von einer akkreditierten Industrie- und Handelskammer stammt, die Teil der ICC WCF CO Accreditation Chain ist und über eine zentrale [Verifizierungsplattform](#) überprüfbar ist.

USA: Erhöhte Zölle auf Aluminiumimporte

(GTAI) – Aluminiumimporte in die Vereinigten Staaten werden seit dem 4. Juni 2025 mit zusätzlichen Zöllen in Höhe von 50 Prozent belastet. Für das Vereinigte Königreich gelten derzeit noch 25 Prozent. Details finden Sie in einem Artikel auf der [Website von Germany Trade & Invest \(GTAI\)](#).

USA: Erhöhte Zölle auf Stahlimporte

(GTAI) – Seit März 2025 unterliegen bestimmte Einfuhren von Stahlerzeugnissen in die USA einem zusätzlichen Wertzollsatz in Höhe von 25 Prozent. Dieser wurde nun erneut erhöht: Waren, die am beziehungsweise nach dem 4. Juni 2025 zum freien Verkehr abgewickelt oder aus einem Lager in den freien Verkehr überführt wurden, unterliegen nun einem zusätzlichen Einfuhrzollsatz in Höhe von 50 Prozent. Eine Ausnahme gilt für das Vereinigte Königreich. Details finden Sie auf der [Internetseite von GTAI](#).

Usbekistan: Einführung eines Halal-Zertifizierungsverfahrens

(GTAI) – Usbekistan hat eine Verordnung eingeführt, die das Verfahren zur Halal-Zertifizierung von Produkten und Dienstleistungen regelt. Daher sind seit dem 1. Mai 2025 Produkte und Dienstleistungen, die nach den SMIIC-Anforderungen zertifiziert sind, mit dem Halal-Zeichen zu kennzeichnen. Das neue Gesetz sieht anschließend eine regelmäßige Bewertung dieser Produkte und Dienstleistungen vor. Außerdem ist geplant, neue Zertifizierungsstellen für Produkte und Dienstleistungen gemäß den Halal-Anforderungen zu schaffen. Bei der Zertifizierung und der Festlegung der Anforderungen ist das Institut für Normen und Metrologie islamischer Länder (SMIIC) maßgeblich beteiligt. Dabei wird jedoch den auf internationaler Ebene offiziell anerkannten Normen Vorrang eingeräumt. Der Antragsteller stellt einen Antrag in elektronischer Form bei der Zertifizierungsstelle. Die Zertifizierungsstelle prüft ihn innerhalb von drei Arbeitstagen. Die jeweilige Bewertung erfolgt am Ort der Herstellung der Produkte oder der Erbringung der Dienstleistungen. Wenn während der Bewertung Zweifel an der Zusammensetzung der hergestellten oder verwendeten Produkte bestehen, werden unter Beteiligung des Antragstellers Produktproben entnommen und in ein akkreditiertes Prüflabor, das in den behördlichen Dokumenten im Bereich der technischen Regulierung und der Halal-Anforderungen festgelegt wurde, gesendet.

Vereinigtes Königreich: SPS-Abkommen mit der EU geplant

(GTAI) – Seit dem Brexit bestehen höhere Hürden im Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln als noch zu Zeiten der EU-Mitgliedschaft Großbritanniens. Diese Hürden sollen mit Hilfe eines SPS-Abkommens wieder abgesenkt werden. Das haben die EU und das Vereinigte Königreich beim Gipfeltreffen am 19. Mai 2025 in London beschlossen. Ziel des Abkommens ist eine einheitliche gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Zone (sogenannte SPS-Zone). Voraussetzung für eine gemeinsame SPS-Zone ist, dass die EU und das Vereinigte Königreich dieselbe Regulierung anwenden. Hierzu soll eine dynamische Angleichung britischer Vorschriften an EU-Gesetzgebung erfolgen. Der britische

Standpunkt soll frühzeitig bei der Ausgestaltung des Regelwerks berücksichtigt werden. Die Vereinbarung sieht folgende Punkte vor:

- Abschaffung von Gesundheitszeugnissen bzw. Veterinärbescheinigungen (Export Health Certificates)
- Abschaffung von Pflanzengesundheitszeugnissen
- Abschaffung von Kontrollbescheinigungen für Bio-Produkte
- Abschaffung routinemäßiger Grenzkontrollen

Zurzeit besteht eine Pflicht zur Vorlage von Veterinärbescheinigungen und Pflanzengesundheitszeugnissen. Diese Vorschrift gilt unter anderem für Fleisch und Fleischerzeugnisse, Milchprodukte sowie weitere Lebensmittel und Saatgut. Beide Seiten führen zudem Einfuhrkontrollen durch.

Der Warenverkehr mit Nordirland unterliegt weiterhin den Bestimmungen des EU-Binnenmarktes, sodass es höhere Hürden im Warenverkehr zwischen Nordirland und Großbritannien gibt. Mit einer gemeinsamen SPS-Zone wäre der Warenverkehr zwischen Großbritannien und Nordirland wieder einfacher.

Ländernotizen

Bulgarien: Beitritt zum Euro-Währungsgebiet möglich

(EU) – Die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank (EZB) haben in einem [Bericht](#) festgestellt, dass die Einführung des Euro in Bulgarien möglich ist, da das Land die notwendigen Kriterien erfüllt. Zum 1. Januar 2026 könnte der Euro die Landeswährung Lew ablösen.

Polen: Neuer Staatspräsident gewählt

(GTAI) – Polen hat einen neuen Staatspräsidenten. Der Wahlsieger heißt Karol Nawrocki und stammt aus dem Lager der national-konservativen Oppositionspartei PiS. Der ebenfalls PiS-nahe Amtsinhaber Andrzej Duda konnte nach zwei Amtsperioden nicht erneut antreten. Für den Premierminister Donald Tusk und seine aus drei Parteien gebildete bürgerlich-liberale Koalition wird das Regieren damit nicht leichter. Der Staatspräsident kann nahezu jedes Gesetzesvorhaben mit einem Veto blockieren – ein Mittel, das bereits Duda gegen die Regierung einsetzte. Nawrocki wird diesen Kurs fortführen. Tusks liberal-konservative Partei PO und die PiS stehen sich unversöhnlich gegenüber. Auch Wirtschaftsreformen könnten davon betroffen sein. So gilt es als unwahrscheinlich, dass Nawrocki einer anvisierten Lockerung der Abstandsflächen von Windrädern oder einem schnelleren Kohleausstieg zustimmen wird.

Rumänien: Wirtschaft wächst nur noch langsam

(GTAI) – Die rumänische Wirtschaft wird 2025 unter ihrem Potenzial bleiben. Wachstumsrisiken sind eine hohe Inflation, politische Unsicherheit und ein stagnierender Export. So prognostiziert die EU-Kommission

ein reales BIP-Wachstum um 1,4 Prozent für 2025. Damit bleibt Rumäniens Wirtschaftsleistung unter ihrem Potenzial von im Schnitt rund 2,3 Prozent pro Jahr. Erst 2026 wird das BIP-Wachstum wieder um 2,2 Prozent steigen, so die EU-Analysten. Etwas positiver fällt die Prognose des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche aus. Es erwartet für 2025 ein reales BIP-Wachstum von 1,6 Prozent und für 2026 ein Plus von 2,5 Prozent. Der private Konsum und die Investitionen werden die Konjunktur antreiben, aber nur moderat. Impulse werden aus der Bauwirtschaft, dem Einzelhandel und der Logistikbranche kommen. Letztere wird vom Beitritt Rumäniens in den Schengenraum profitieren. Spediteure sparen Kosten für Personal und Kraftstoff, weil Transporte ohne Binnengrenzkontrollen schneller ablaufen werden.

Schweden: Planung einer nationalen KI-Strategie

(GTAI) – Schweden genießt noch immer den Ruf eines Pioniers, wenn es um die Digitalisierung geht. Doch nicht überall läuft es rund: Gerade bei der 5G-Abdeckung hinkt Schweden deutlich hinterher, so das Urteil des Digital Decade Länderreports der EU aus 2023. Auch in Bezug auf künstliche Intelligenz ist Schweden Nachzügler, wie Martin Svensson, CEO von AI Sweden, dem nationalen Zentrum für angewandte KI, mitteilt. "Wir liegen bei nationalen Strategien und Investitionen weit zurück. Im jüngsten Global AI Index belegten wir beispielsweise in der Kategorie 'öffentliche Strategie' Platz 57 von 82 Ländern."

Schwedens Regierung hat den Aufholbedarf erkannt und treibt nun die Neuausrichtung der nationalen KI-Strategie mit Nachdruck voran. Nachdem im November 2024 bereits vorzeitig ein Fahrplan durch die von der Regierung ins Leben gerufene KI-Kommission veröffentlicht wurde, soll nun die operative Umsetzung erfolgen. Ziel ist es, KI als Schlüsseltechnologie in Bildung, Forschung, Verwaltung und Wirtschaft zu verankern. Über das konkrete Vorgehen ist aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts bekannt. Die wirtschaftlichen Chancen sind jedoch bereits erheblich: Der nationale KI-Markt wächst rasant und soll sich laut Statista bis 2031 auf ein Marktvolumen von 5,8 Milliarden Euro vervierfachen - das entspräche einer jährlichen Wachstumsrate von rund 26 Prozent. Besonders großes Potenzial besteht in Bereichen wie Gesundheitswesen, Industrieautomatisierung, Sprachverarbeitung und nachhaltiger Mobilität. Durch gezielte Investitionen in Recheninfrastruktur, Talente und Testzentren positioniert sich Schweden als attraktiver Standort für KI-Entwicklung – mit dem Ziel, langfristig technologische Souveränität und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Türkei: Bauwirtschaft wächst trotz hoher Kosten

(GTAI) – Das Städtische Transformationsprogramm und der Wiederaufbau der südöstlichen Türkei treiben die Investitionen in der Bauwirtschaft an. Der Baustoffverband İMSAD rechnet 2025 mit einem Wachstum von 5 Prozent. Im Jahr 2024 wuchs die Branche real um 9,3 Prozent und verzeichnete damit das zweite Jahr in Folge ein starkes Wachstum. Allerdings könnten steigende Löhne sowie hohe Finanzierungs- und Baukosten die Nachfrage schwächen. Privatpersonen und Investoren haben außerdem derzeit Schwierigkeiten Kredite zu erhalten. Zudem sind diese aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus teurer geworden. Dies verzögert Projekte und schränkt die Bautätigkeit ein. In der 2. Jahreshälfte 2025 könnten Zinserleichterungen die private Bautätigkeit ankurbeln. Seit Juni 2023 hat die Zentralbank den Leitzins zur

Inflationsbekämpfung von 8,5 auf 50 Prozent (März 2024) erhöht und die Kreditvergabe begrenzt. Mittlerweile sinkt der Zinssatz schrittweise (März 2025: 42,5 Prozent).

Venezuela: Verhängung wirtschaftlichen Notstands

(GTAI) – Am 10. April 2025 hat der venezolanische Kongress das von der Regierung erlassene Dekret zum wirtschaftlichen Notstand angenommen. Das Dekret zielt darauf ab, die Finanzkrise des Landes zu mildern. Die Ölindustrie, der wichtigste Wirtschaftszweig Venezuelas, wurde nach der Verhängung von Zöllen durch die US-Regierung besonders hart getroffen. Obwohl der wirtschaftliche Notstand zum Ziel hat, das Land zu stabilisieren, schafft sein weitreichender Geltungsbereich Rechtsunsicherheit für Unternehmen in Venezuela. Für ausländische Unternehmen, die in dem Land tätig sind, bestehen konkrete Risiken der Beschränkung von Gewinnüberweisungen, der direkten Intervention der Regierung in Handelsgeschäfte und der zwangsweisen Aufhebung von Verträgen sowie der vorübergehenden Verstaatlichung, was die Unvorhersehbarkeit der Geschäftstätigkeit erhöht. Das verabschiedete Dekret gilt zunächst für 60 Tage ab seiner Veröffentlichung im Amtsblatt. Dieser Zeitraum kann gemäß den venezolanischen Gesetzen um weitere 60 Tage verlängert werden. Venezuela befindet sich in einer Wirtschaftskrise, die sich seit den Präsidentschaftswahlen von 2024, deren Ergebnis bis heute nicht gemäß den Bestimmungen der venezolanischen Verfassung bestätigt wurde, weiter vergrößert hat.

Vereinigtes Königreich: Rüstungsindustrie profitiert von Kooperation bei Beschaffungsprojekten

(GTAI) – Beim Treffen der Verteidigungsminister des Vereinigten Königreiches und Deutschlands am 15. Mai 2025 in Berlin wurden gemeinsame Beschaffungs- und Kooperationsprojekte definiert. Die beiden Länder werden bei der Entwicklung von DPS-Distanzwaffen mit einer Reichweite von über 2.000 Kilometern im europäischen ELSA-Programm (European Long Range Strike Approach) federführend sein. Eine gemeinsame Beschaffung ist für Stingray Torpedos bei den Marinestreitkräften geplant. BAE Systems entwickelt ein Upgrade des Torpedomodells. Außerdem erwirbt das Bundesverteidigungsministerium mobile Brückensysteme über einen britischen Rahmenvertrag. Die Brücken werden vom Rüstungskonzern KNDS UK in Stockport gefertigt, nachdem das Unternehmen im Januar 2024 einen Auftrag im Wert von umgerechnet rund 172 Millionen Euro für militärische Brücken im TYRO-Programm des britischen Verteidigungsministeriums erhalten hat. Auch der Transportpanzer Boxer von Rheinmetall soll gemeinsam weiterentwickelt werden. Für deutsche Unternehmen bieten gemeinsame Beschaffungsprojekte Geschäftschancen für die Rüstungsindustrie. Auch die starke Präsenz und Auftragslage deutscher Firmen auf der britischen Insel ermöglicht Zulieferern Expansionschancen. Ansprechpartner für deutsche Unternehmen, die sich für den britischen Rüstungsmarkt interessieren, sind der Branchenverband ADS Group und die Defence-Sparte des Industrieverbands Make UK.

Veröffentlichungen

AHK World Business Outlook Frühjahr 2025

Statt Aufbruch herrscht Ernüchterung: Deutsche Unternehmen im Ausland sehen sich in nahezu allen Weltregionen verschlechterten Rahmenbedingungen und wachsender Unsicherheit gegenüber. Besonders die handelspolitischen Umwälzungen durch die USA setzen die globale Konjunktur unter Druck. Wie der aktuelle [AHK World Business Outlook \(WBO\) Frühjahr 2025](#) zeigt, sind die Konjunkturerwartungen deutscher Unternehmen rund um den Globus eingebrochen. Der AHK World Business Outlook basiert auf den Rückmeldungen von rund 4.600 deutschen Unternehmen in über 90 Ländern, die zwischen dem 17. März und 14. April 2025 befragt wurden. Der Erhebungszeitraum fiel damit in eine Phase erheblicher geopolitischer Umbrüche – darunter Donald Trumps sogenannter "Liberation Day" und dessen unmittelbare Folgen für die Handelspolitik.

Hinweispapier zur Sanktionsumgehung bei Werkzeugmaschinen

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) hat am 6. Mai 2025 das Hinweispapier "[Sanktionsumgehung betreffend CNC - Fräs- und Drehmaschinen](#)" veröffentlicht. Es soll Unternehmen helfen, russische Beschaffungsbemühungen zu erkennen und ihre Kontroll- und Compliance-Maßnahmen anzupassen.

Verschiedenes

eZoll-App - jetzt auch für Unternehmen nutzbar

Die [eZoll-App](#) ist eine App für Privatpersonen und Unternehmen, die eine Zollanmeldung für Post- und Kuriersendungen bis 150 Euro abgeben möchten. Privatpersonen können mit der eZoll-App Geschenksendungen bis zu einem Wert von 45 Euro anmelden. In dieser App können zollrelevante Daten mittels Fotoaufnahme oder durch das Importieren zum Beispiel einer handelsüblichen Rechnung automatisiert in die Zollanmeldung übernommen werden. Die Warenbeschreibung dient im Weiteren als Grundlage für die KI-gestützte Ermittlung der passenden Warennummer aus dem Zollltarif. Bei der App-Nutzung besteht alternativ auch die Möglichkeit, alle Daten der Zollanmeldung manuell einzugeben.

Häufig gestellte Fragen (FAQ) zu den US-Handelsmaßnahmen

Die neuen US-Zölle der Trump-Administration werfen viele Fragen auf – ein Beitrag auf der [Internetseite von Germany Trade & Invest \(GTAI\)](#) liefert die wichtigsten Antworten und verweist auf die Originalquellen.

Von Irland bis Ungarn: Wer in Europa unter Trumps Zöllen leidet

Lange haben Exporte in die USA zum Wohlstand Europas beigetragen. Die neue US-Politik erfordert jedoch ein Umdenken. Germany Trade & Invest (GTAI) hat ausgewählte [Länder](#) analysiert.

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer (IHK) für Ostfriesland und Papenburg
Ringstraße 4
26721 Emden

www.ihk-empden.de/international

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden.

Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden.

Bildnachweis: shutterstock.com



Industrie- und Handelskammer
für Ostfriesland und Papenburg

06 2025